

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 18. März 2010

Verlierer AOK

Die freie Kassenwahl hat für Bewegung auf dem gesetzlichen Krankenversicherungsmarkt gesorgt. Bis 1995 waren Arbeiter und Angestellte mit Entgelten bis zur Beitragsbemessungsgrenze bei einer Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) zwangsversichert, sofern sie keiner betriebseigenen Kasse oder Knappschaft angehörten. Gut 44 Prozent aller Beitragszahler waren daher Mitglied in einer AOK. Seit 1996 können sich alle gesetzlich Versicherten für eine Krankenkasse ihrer Wahl entscheiden – zunächst war das einmal pro Jahr möglich, seit 2002 jederzeit.

Mittlerweile sind so die Ersatzkrankenkassen zur Nummer eins aufgestiegen. Zulauf bekamen auch die Betriebskrankenkassen (BKKs): Hatten sie 1995 erst jeden zehnten Beitragszahler unter ihren Fittichen, war es 2005 schon jeder Fünfte. Aktuell haben die BKKs aber wieder an Boden verloren. Außerdem ist für neue Bewegung bereits gesorgt. Denn mit der Einführung von Zusatzbeiträgen haben die Kassen-Mitglieder ein Sonderkündigungsrecht. Je mehr Versicherte davon Gebrauch machen, umso stärker werden sich die Marktanteile wieder verschieben.

In dieser Woche

Bildungsrendite: Wer gut ausgebildet ist, verdient in der Regel mehr als ein Geringqualifizierter. Somit machen sich Entbehrungen während der Studienzeit im späteren Berufsleben bezahlt. Die sogenannte Bildungsrendite liegt mit 7,5 Prozent weit über den üblichen Zinsen am Kapitalmarkt. Seite 2

Bildung & Ausbildung: Englisch ist in Deutschland die mit Abstand am häufigsten unterrichtete Fremdsprache. Zudem wird sie von immer mehr Kindern und Jugendlichen gelernt: Vor allem an Grundschulen, Förderschulen und in der Berufsvorbereitung haben Englischkationen in den vergangenen zehn Jahren verstärkt Einzug gehalten. Seite 3

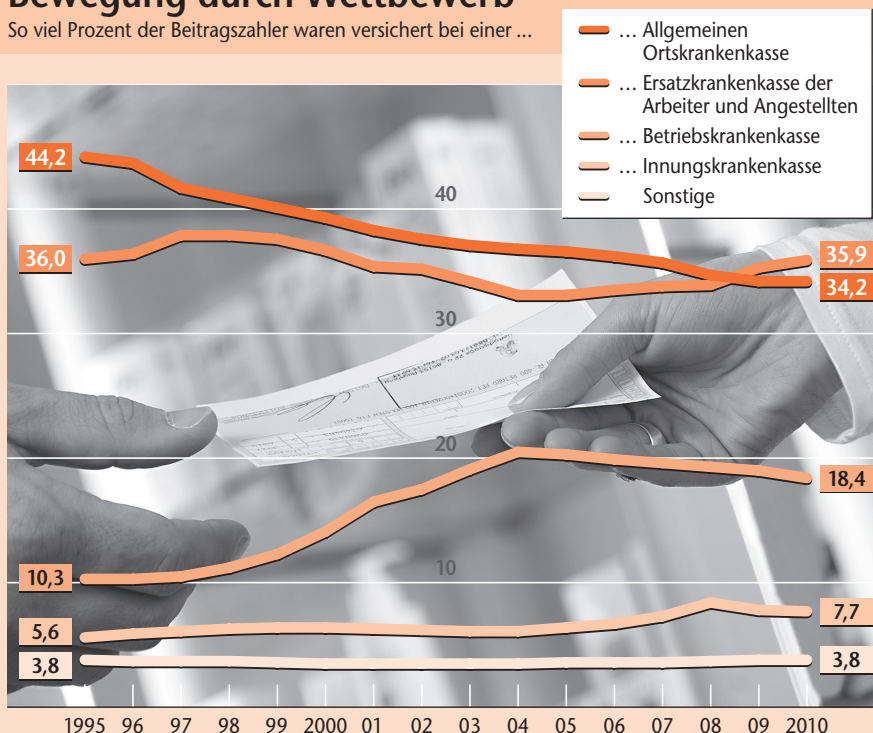
75 Jahre Fernsehen: Bis zum Jahr 2000 saßen die Deutschen jedes Jahr ein bisschen länger vorm Fernseher. Doch inzwischen ist dem klassischen Medium mit dem Internet ein Konkurrent erwachsen, der immer mehr Zuschauer und Werbekunden anzieht. Die TV-Macher versuchen, mit neuen Techniken wie High Definition TV und Handyfernsehen dagegenzuhalten. Seite 4-5

Steuergesetzgebung: Dass Unternehmen auf ihre Gewinne Steuern zahlen müssen, steht außer Frage. Wenn aber der Staat durch seine Vorschriften die Gewinne künstlich erhöht, um mehr einzunehmen, wird Steuerpolitik zum Willkürakt. Seite 6-7

Schulbuchanalyse: Schulbücher zeigen oft nur einen Teil der wirtschaftlichen Realität. Themen wie die Soziale Marktwirtschaft oder die Rolle der Unternehmen im Wirtschaftsprozess bleiben meist außen vor, wie eine Schulbuchanalyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt. Seite 8

Gesetzliche Krankenversicherungen: Bewegung durch Wettbewerb

So viel Prozent der Beitragszahler waren versichert bei einer ...



Sonstige: See- und landwirtschaftliche Krankenkassen sowie Bundesknappschaft
 Quelle: Bundesgesundheitsministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bildungsrendite

Lernen lohnt sich

Wer gut ausgebildet ist, verdient in der Regel mehr als ein Geringqualifizierter. Somit machen sich Entbehrungen während der Studienzzeit im späteren Berufsleben bezahlt – die sogenannte Bildungsrendite liegt weit über den üblichen Zinsen am Kapitalmarkt. Auch der Staat profitiert von einer gut qualifizierten Bevölkerung, da Besserverdienende höhere Steuern und Abgaben leisten.*)

Einer der Gründerväter der USA, Benjamin Franklin, brachte es schon vor gut 250 Jahren auf den Punkt: Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen. Kluge Köpfe sind generell zufriedener, die Wirtschaft profitiert vom gut ausgebildeten Nachwuchs und der Staat freut sich über hohe Steuereinnahmen von den Gutverdienenden.

Damit die Menschen mehr in Bildung investieren, muss sich der Aufwand lohnen. Schließlich verzichten die Studenten während der Zeit im Hörsaal auf Einkommen, das ihre arbeitenden Altersgenossen bereits verdienen.

Doch das entgangene Geld bekommen die Studenten wieder – in Form eines höheren Einkommens als Akademiker. Um herauszufinden, inwiefern sich ein Studium nach Abzug aller Kosten rechnet, hat das Institut der deutschen Wirt-

schaft Köln die Bildungsrendite berechnet. Dies ist der Prozentsatz, mit dem sich das während der Ausbildung entgangene Einkommen durch höhere Verdienste nach der Ausbildung verzinst. Diese Rendite übersteigt den durchschnittlichen langfristigen Kapitalmarktzins von 4 Prozent deutlich (Grafik):

Absolviert ein junger Mensch Abitur und Studium, statt eine unqualifizierte Arbeit anzunehmen, so bringt ihm dies eine jährliche Rendite von durchschnittlich 7,5 Prozent.

Während Abitur und Studium verzichtet ein Akademiker im Schnitt auf jährlich rund 10.000 Euro Einkommen. Während seines Erwerbslebens hat er dann aber knapp 11.000 Euro netto pro Jahr mehr in der Tasche als ein Geringqualifizierter.

Die Rendite zahlt sich auch netto auf dem Konto aus: Würde der Akademiker die geringeren Einnahmen während der Ausbildung durch einen Kredit ausgleichen und die spätere Lohndifferenz für Tilgung und Ersparnis verwenden, so hätte er bei einem Zinssatz von 4 Prozent am Ende seines Erwerbslebens 456.500 Euro mehr auf dem Konto als eine Person ohne abgeschlossene Ausbildung.

Damit mehr junge Menschen studieren, kann der Staat ein Studium mit

Reformen attraktiver machen. Sinkt z. B. die durchschnittliche Dauer einer Hochschulausbildung durch bessere Studienbedingungen von sechs auf fünf Jahre, klettert die Rendite von 7,5 Prozent auf 8,6 Prozent. Ein schöner Nebeneffekt: Das Studium amortisiert sich im Schnitt im Alter von 39 Jahren und damit vier Jahre früher als ohne Reform. Und auch wenn die besseren Studienbedingungen durch Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester finanziert würden, nimmt die Rendite lediglich um 0,3 Prozentpunkte ab.

Die öffentliche Hand kann die Bildungsrendite außerdem anheben, indem sie die Kinderbetreuung ausbaut. Mithilfe von Krippe und Kita könnten junge Eltern nach nur einem Jahr Pause bereits wieder Vollzeit arbeiten gehen. Die Rendite der Akademiker steigt dadurch von 5,3 auf 6,9 Prozent.

Ist es zudem für einen Absolventen einer Berufsausbildung möglich, ohne Abitur zu studieren, reduziert sich die Ausbildungsdauer und der Zinsertrag klettert von 5,5 auf 7,8 Prozent.

Doch die besten Renditeaussichten nutzen wenig, wenn die Abiturienten zu klamm bei Kasse sind, um überhaupt ein Studium zu beginnen. Hier kann ihnen der Staat mit Krediten, Bafög und Stipendien helfen. Die Stipendien sollten allerdings bundesweit angeboten werden, um keine regionalen Verzerrungen im Wettbewerb um Fachkräfte zu erzeugen.

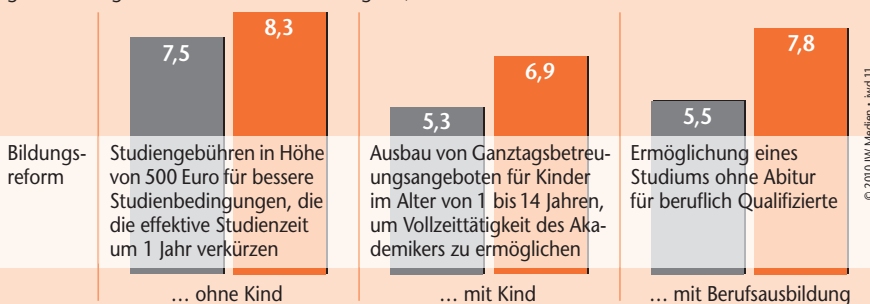
Der Staat selbst profitiert ebenfalls von der Studierlust – schließlich zahlen die Besserverdienenden mehr Steuern und Abgaben. Werden die Studienzeiten noch um ein Jahr verkürzt, bringt das je Akademiker 11.700 Euro extra. Jeder zusätzliche Betreuungsplatz bedeutet für den Fiskus abzüglich aller Kosten einen Ertrag in Höhe von 6.800 Euro. Und darf ein Facharbeiter auch ohne Abitur studieren, hat der Staat netto 20.600 Euro zusätzliche Einnahmen.

Bildungsreformen: Mehr Rendite für alle

Wer eine Ausbildung absolviert, verzichtet in dieser Zeit auf Einkommen. Später jedoch verdient ein gut qualifizierter Arbeitnehmer in der Regel mehr als ein Mensch mit einer geringeren Bildung.

Als Bildungsrendite wird der Prozentsatz bezeichnet, mit dem man das während der Ausbildung entgangene Einkommen hätte verzinsen müssen, um die Einkommenszunahme nach der Ausbildung zu erhalten. Bildungsreformen können diese Rendite noch erhöhen.

So hoch ist die jährliche Bildungsrendite eines Akademikers ... im Vergleich zur Situation, in der er gar keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, in Prozent ■ Rendite mit Reform



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

*) Christina Anger, Axel Plünnecke, Jörg Schmidt: Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte, Download unter: www.iwkoeln.de

Fremdsprachen: Englisch dominiert

Englisch ist in Deutschland die mit Abstand am häufigsten unterrichtete Fremdsprache. Zudem wird sie von immer mehr Kindern und Jugendlichen gelernt: Vor allem an Grundschulen, Förderschulen und in der Berufsvorbereitung haben Englischlektionen in den vergangenen zehn Jahren verstärkt Einzug gehalten.

Schule. Mehr als 80 Prozent aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen lernen Englisch. Französischkenntnisse dagegen eignen sich weniger als 20 Prozent der Jungen und Mädchen an. Noch seltener werden Latein, Spanisch, Russisch und andere Fremdsprachen gebüffelt. Vor allem an den Grundschulen ist Englisch heutzutage eher die Norm denn Ausnahme: Noch vor zehn Jahren paukten erst 11 Prozent der Kinder Englischvokabeln, mittlerweile sind es 60 Prozent. Auch an den Förderschulen lernt inzwischen jeder dritte Schüler diese Weltsprache.

Berufliche Bildung. An beruflichen Schulen ist Englisch ebenfalls die Fremdsprache Nummer eins – die Hälfte aller Schüler vertieft hier ihr Wissen in Past Perfect und Present Continuous. Andere Sprachen werden hingegen nur am Fachgymnasium und anderen höheren beruflichen Schulen in nennenswertem Umfang gelehrt. An den Teilzeit-Berufsschulen ist der Englischunterricht allerdings noch nicht sonderlich weit verbreitet: Nur drei von zehn Auszubildenden lernen es.

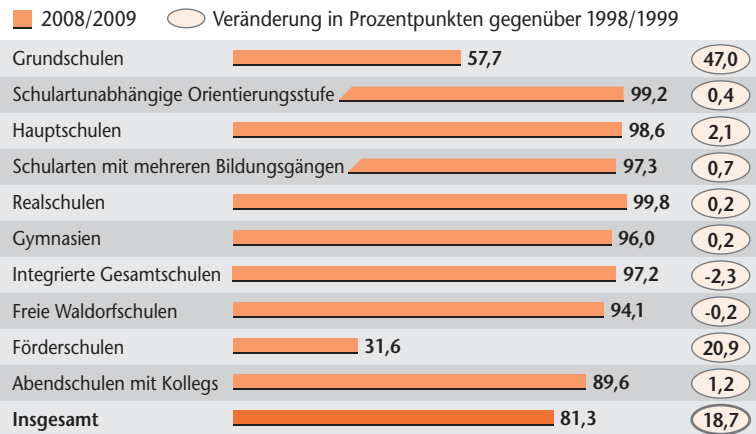
Hochschule. Die Begeisterung für Sprachstudiengänge hat in den vergangenen zehn Jahren deutlich nachgelassen: Während die Zahl aller Studenten um 13 Prozent anstieg, wuchs die Zahl derjenigen, die sich für eine Fremdsprache immatrikulierten, nur um rund 3 Prozent. Englisch ist auch an den Unis der Favorit: Zuletzt setzte nahezu jeder zweite Fremdsprachenstudent auf dieses Fach. Die stärksten Rückgänge gab es bei Niederländisch, Altgriechisch und Italienisch.



Bildung & Ausbildung

Schulen: Englischunterricht ist die Norm

So viel Prozent der Schüler lernten Englisch

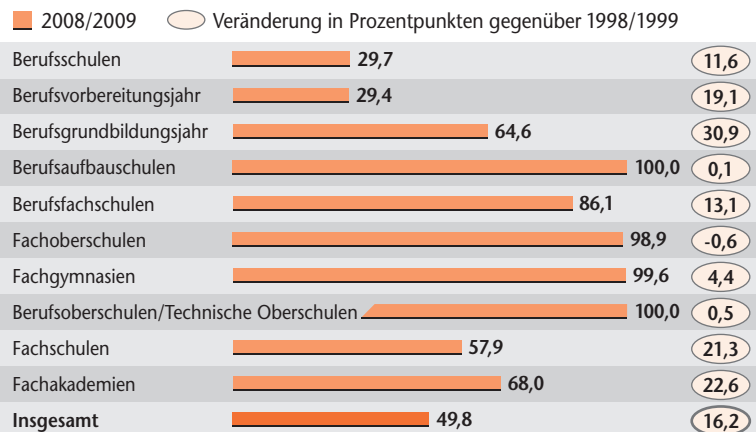


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Berufsschulen: Jeder Zweite lernt Englisch

In Prozent der Schüler an beruflichen Schulen



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Hochschulen: Anglistik am beliebtesten

So viele Studenten studierten diese Fremdsprachen

	Wintersemester 1998/1999	Wintersemester 2008/2009	Veränderung in Prozentpunkten
Anglistik, Amerikanistik	41.335	45.778	10,7
Romanistik	23.384	20.298	-13,2
Außereuropäische Sprachen	12.571	13.618	8,3
Slawische und baltische Sprachen	4.936	4.946	0,2
Alte Sprachen	3.948	4.577	15,9
Germanische Sprachen (ohne Deutsch)	2.214	2.116	-4,4
Insgesamt	88.388	91.333	3,3

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

75 Jahre Fernsehen

Die Konkurrenz sitzt im Netz

Das Fernsehen war eine erfolgsverwöhnte Branche. Bis zum Jahr 2000 saßen die Deutschen jedes Jahr ein bisschen länger vorm Bildschirm und die Werbeumsätze erreichten immer neue Rekorde. Doch inzwischen ist dem klassischen Medium mit dem Internet ein Konkurrent erwachsen, der stetig mehr Zuschauer und Werbekunden anzieht. Die TV-Macher versuchen, mit neuen Techniken wie High Definition TV und Handyfernsehen dagegenzuhalten.

Wer glaubt, das Fernsehen sei eine amerikanische Erfindung, der irrt. Es war der Deutsche Paul Nipkow, der 1883 das „elektrische Teleskop zur elektrischen Wiedergabe leuchtender Objekte“ entwickelte. Mit der Nipkow-Scheibe wurden die ersten Bilder übertragen. In Deutschland selbst wurde das Fernsehen dann 1935 – vor 75 Jahren – eingeführt, 1936 strahlte es Wettkämpfe der Olympischen Spiele in Berlin aus.

Die eigentliche Erfolgsstory begann aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Gründung der ARD am 5. Juni 1950

war eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einem regelmäßigen Fernsehprogramm. Zu Weihnachten 1952 flimmerte bundesweit erstmals die „Tagesschau“ über die Bildschirme. Allerdings schaute nicht gleich die ganze Republik zu, denn die Flimmerkiste war noch ein Luxusgut. So gab es gerade mal 1.524 bei der Post angemeldete Geräte.

Deren Zahl stieg jedoch schon bis 1954 auf knapp 12.000. Das bescherte der „Tagesschau“ rund 10.000 Zuschauer, drei Jahre später sogar schon 1 Million. Denn immer mehr Bundesbürger

holten sich das Pantoffelkino nach Hause (Grafik):

Bis 1960 stieg die Zahl der bei der Bundespost angemeldeten Fernseher auf 3,37 Millionen. Heute stehen mehr als zehnmals so viele GEZ-registrierte TV-Apparate in den deutschen Wohnzimmern.

Zugleich wurde das Programm immer umfangreicher – am Ende der 1950er Jahre sendete die ARD durchschnittlich vier Stunden und 45 Minuten am Tag. In der übrigen Zeit empfing der Zuschauer nur das Testbild, manchmal stimmungsvoll mit Radiomusik unterlegt.

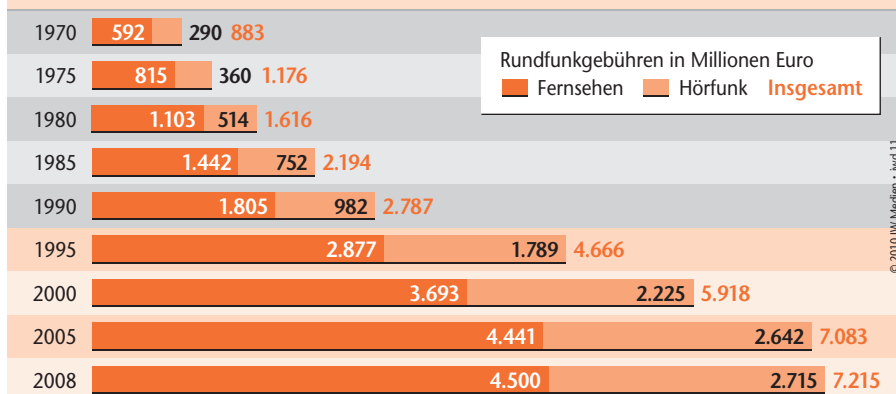
Schon bald erkannte die Wirtschaft die Bedeutung des jungen Mediums als Werbeträger. Die ersten Reklamespots brachten der ARD 1956 zwar relativ bescheidene Einnahmen von 200.000 DM brutto. Doch schon 1963, als das ZDF mit der ersten „heute“-Sendung die Zuschauer begrüßte, kletterte der Werbeumsatz auf 366 Millionen DM im Jahr.

Ein erneuter Durchbruch gelang mit der Einführung des Farbfernsehens – am 25. August 1967 drückte der damalige Vizekanzler Willy Brandt auf der Funkausstellung in Berlin hierzu symbolisch den Startknopf. Bis 1973 sank der Anteil der in Schwarz-Weiß ausgestrahlten Programme auf unter 10 Prozent. Die bunten Bilder machten die Röhre noch beliebter: An einem beliebigen Werktag des Jahres 1970 schaute ein Bundesbürger in seiner Freizeit durchschnittlich bereits eine Stunde und 41 Minuten fern – 37 Minuten länger als etwa 1964.

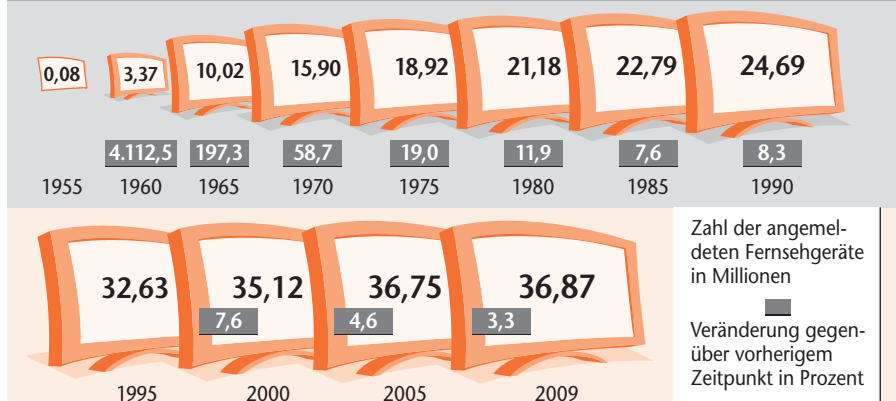
Zwei sportliche Großveranstaltungen in Deutschland – die Olympischen Spiele 1972 und die Fußballweltmeisterschaft 1974 – machten den Bundesbürgern noch mehr Lust auf die neuen, aber teuren Farbfernseher. Und auch die werbenden Unternehmen setzten auf die Anziehungskraft der bunten Mattscheibe (Grafik Seite 5):

Allein zwischen 1970 und 1975 kletterten die Nettowerbeeinnahmen der Rundfunkanstalten um mehr als 60 Prozent auf 845 Millionen DM.

Fernsehen: Sprudelnde Gebührenquelle



© 2010 IWD Medien - iwd 11



Bis 1990: nur Westdeutschland; angemeldete Fernsehgeräte: bis 1975 bei der deutschen Bundespost, danach bei der Gebühreneinzugszentrale (GEZ); Quellen: NDR, GEZ, Media Perspektiven

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Sender boten ihrem Publikum zudem ein immer breiteres Programm. So erhöhte sich die tägliche Sendezeit des ZDF von sieben Stunden, 15 Minuten im Jahr 1969 auf neun Stunden, 20 Minuten zehn Jahre später.

Mit der Liberalisierung des TV-Marktes 1984 und den ersten privaten Stationen bekam das Fernsehen einen weiteren Entwicklungsschub. Teleshopping, Gewinnspiele und Pay TV boten den Sendern zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten. In den 1990er Jahren erreichte das Fernsehen den Höhepunkt seiner Popularität. Immer mehr Programme für spezielle Zielgruppen gingen an den Start – vom Kinderkanal über Nachrichtensender bis hin zum Sportfernsehen. Das schlug sich auch in den Nettowerbeeinnahmen nieder, die bis zum Jahr 2000 auf 4,7 Milliarden Euro nach oben schossen.

Der Höhenflug endete jäh, als die sogenannte New-Economy-Blase platzte und die Werbeerlöse 2002 auf unter 4 Milliarden Euro fielen. Danach wurden die Zeiten für das Fernsehen keineswegs einfacher. Denn es begann der kometenhafte Aufstieg des Internet – innerhalb nur eines Jahrzehnts entwickelte sich das World Wide Web zu einem neuen Massenmedium, das dem Fernsehen immer stärker das Wasser abgraben könnte.

Das Zuschauerverhalten änderte sich merklich. Zwar steigerten die Bundesbür-

ger ihren TV-Konsum von 1997 bis 2009 im Schnitt nochmals um 32 Minuten auf drei Stunden, 48 Minuten pro Tag. Die Netz-Nutzung wuchs jedoch deutlich stärker – von zwei Minuten im Jahr 1997 auf zuletzt 70 Minuten. Die Jugend favorisiert das Web sogar noch mehr:

Die 14- bis 19-Jährigen sahen 2009 im Schnitt nur noch gut zweieinhalb Stunden pro Tag fern, waren aber drei Stunden online.

Kein Wunder also, dass auch die Marketing-Fachleute aus der Wirtschaft zunehmend auf die Internet-Kundschaft bauen. Nach zum Teil fast 50-prozentigen Zuwachsraten in den Jahren zuvor stiegen die Erlöse mit Werbung auf deutschen Internetseiten selbst im wirtschaftlich schwierigen Jahr 2008 um mehr als 9 Prozent auf 754 Millionen Euro. Das Fernsehen lag mit gut 4 Milliarden Euro zwar noch klar vorn, die Werbeerlöse schrumpften jedoch gegenüber 2007 um fast 3 Prozent.

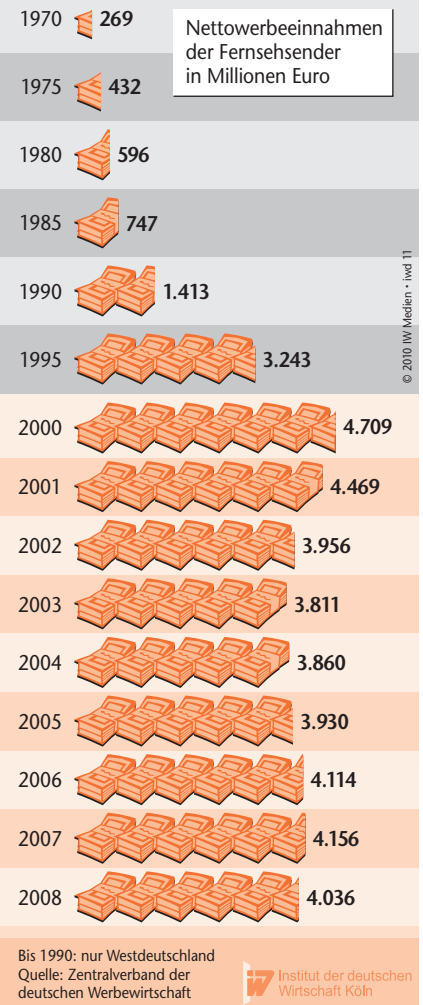
Angesichts dessen können die öffentlich-rechtlichen Sender froh sein, dass die Zuschauer sie maßgeblich mitfinanzieren. Diese von der Politik gesteuerte Geldquelle sprudelte bis zuletzt verlässlich:

Im Jahr 2008 flossen 4,5 Milliarden Euro aus Rundfunkgebühren an die Fernsehsender – gut 800 Millionen Euro mehr als im Jahr 2000.

Dennoch suchen die TV-Macher nach neuen Möglichkeiten, um der Online-Konkurrenz zu begegnen. Ein Versuch ist die Digitalisierung. Das bedeutet weitere Spartenangebote und damit mehr Programme, die die Anbieter zu deutlich günstigeren Preisen als früher verbreiten können. Die Bundesbürger sollen das Fernsehen ab 2012 komplett digital empfangen – über Antenne, Satellit und Kabel. Technisch rüsten die Deutschen schon mal entsprechend auf – seit 2000 stieg die Zahl der angemeldeten TV-Geräte, die fit für den digitalen Empfang sind, von null auf fast 15 Millionen. In jüngster Zeit ist die Motivation vieler Zuschauer, in einen neuen Fernseher zu investieren, noch größer geworden. Denn nur diese sind bereit für Innovationen wie das High Definition TV (HDTV) (Kasten).

Erstmals versuchten sich ARD und ZDF zur Leichtathletik-WM in Berlin 2009 an der neuen Technik; mit den

Fernsehen: Die Werbeerlöse bröckeln



HDTV: Fernsehen in hoher Auflösung

Das Bild beim HDTV ist bis zu fünfmal schärfer als bei den klassischen Fernsehsystemen und war bis vor kurzem nur im Kino zu bewundern. Voraussetzung für eine solche Bildqualität ist ein Fernseher, der mindestens eine Auflösung von 720 Zeilen und 1.280 Spalten im Seitenverhältnis 16:9 darstellen kann, sowie ein HD-tauglicher Receiver.

Der Gesellschaft für Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik (GFU) zufolge standen in den deutschen Haushalten Ende 2009 bereits mehr als 4,7 Millionen externe und eingebaute HDTV-Empfänger sowie 19 Millionen HDTV-fähige Fernsehgeräte. Von der Fußball-WM in Südafrika erhofft sich die Branche einen weiteren Impuls: Bis Ende 2010 könnten noch einmal rund 8 Millionen HDTV-Bildschirme über die Ladentheke gehen.

Olympischen Winterspielen 2010 in Vancouver erlebte HDTV endgültig seinen Durchbruch. Doch die technische Umstellung ist kostspielig: Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hat der ARD für HDTV 133 Millionen Euro und dem ZDF 99 Millionen Euro bewilligt.

So gut die Bildqualität dank der neuen Technik auch sein mag: Das Internet wird sich damit kaum verdrängen lassen. Vielmehr bedient sich die Fernsehindustrie in immer stärkerem Maße des virtuellen Netzes. So werben die Sender schon jetzt mit Mediatheken um die Gunst der Web-User: Auf Internetseiten archivieren die Sender ihre Sendungen – für jeden Zuschauer jederzeit abrufbar. Außerdem wird das Fernsehen mobil: ARD und ZDF wollen in den kommenden Jahren fast 50 Millionen Euro ins Handyfernsehen investieren.

Wenn König Fußball kriselt



Wie entstehen finanzielle Krisen in Wirtschaftsunternehmen und in Fußballclubs und wie gehen Vereine und Firmen damit um? Diese und weitere Fragen untersuchen Marcel Benz und Steffen Gehring in ihrem Buch „Krisen im Profifußball – Chancen und Herausforderungen für Lizenzgeber und Insolvenzverwalter“.

Große Unterschiede gibt es zum Beispiel hinsichtlich des Wettbewerbsumfelds: Fußballclubs stehen in jeder Saison in Folge von Auf- und Abstiegen wechselnden Konkurrenten gegenüber. Während es für Unternehmen attraktiv sein kann, sich mit langjährigen Konkurrenten Märkte zu teilen, gibt es im Fußball nur Gewinner und Verlierer. Allerdings ist König Fußball deutlich anfälliger für Manipulationen durch Dritte, wie die Wett-skandale der Vergangenheit zeigen.

Auch bei den Krisenursachen machen die Autoren einen großen Unterschied aus: Während stockende Nachfrage, rechtliche Restriktionen oder eine schlechte Zahlungsmoral der Kunden Wirtschaftsunternehmen in die Bredouille bringen, gehen die Fußballfans selbst in schlechten Zeiten treu ins Stadion. Fußballclubs leiden hingegen, wenn der sportliche Erfolg und die damit verbundenen Prämien ausbleiben, wenn sich die Manager mit Spielergehältern und Transfersummen verkalculieren oder sich ein Mäzen zurückzieht.

Einen weiteren Unterschied decken die Autoren beim Thema Krisenbewältigung auf. Das unternehmerische Insolvenzrecht greift erst, wenn die Pleite kurz bevorsteht. Im Fußball hingegen darf ein Club nur dann auf den Rasen, wenn die UEFA nach einer Finanzkontrolle grünes Licht gibt. Den größten Kritikpunkt am herrschenden Insolvenzrecht im Fußball sehen die Autoren in der Tatsache, dass ein Verein im Konkursfall sofort absteigen muss – egal, ob noch Chancen auf eine Sanierung bestehen. Meist gibt diese Regel dem Club dann den Rest, wie zahlreiche Beispiele zeigen. In der Folge würden unnötigerweise bestehende Werte vernichtet, bemängeln die Autoren. Sie empfehlen, die Lizenzstatuten so zu ändern, dass eine nachhaltige Sanierung ermöglicht wird.

Oliver Koppel

Marcel Benz, Steffen Gehring: **Krisen im Profifußball – Chancen und Herausforderungen für Lizenzgeber und Insolvenzverwalter**, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart 2009, gebunden, 174 Seiten, 49 Euro, ISBN 978-3-415-04184-4

Steuergesetzgebung

Kosten werden zu Gewinnen

Dass Unternehmen auf ihre Gewinne Steuern zahlen müssen, steht außer Frage. Wenn aber der Staat durch seine Vorschriften die Gewinne künstlich erhöht, um mehr einzunehmen, wird Steuerpolitik zum Willkürakt. Und genau diesen Weg ist der Gesetzgeber gegangen – die Firmen müssen so inzwischen jährlich 17 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuerlasten schultern.

Was ein Unternehmen in seiner Bilanz als Kosten ansetzen darf, die dann letztlich den Gewinn mindern, regeln im Allgemeinen die Bilanzierungsvorschriften – z.B. im Handelsgesetzbuch. So dürfen Ausgaben für eine Maschine im Jahr der Anschaffung nicht vollständig als Kosten geltend gemacht werden, weil die Anlage nach zwölf Monaten noch nicht abgenutzt ist. Stattdessen muss die Maschine peu à peu abgeschrieben werden – die Investitionskosten sind also auf mehrere Jahre zu verteilen.

Auf der Basis dieser Rechnungslegungsvorschriften wird dann der jährliche Gewinn ermittelt. Grundsätzlich werden die meisten Ansätze auch für die Steuerbilanz übernommen – aber eben nicht alle.

Denn um seine Einnahmen zu erhöhen, hat der Staat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Steuergesetzen erlassen, die die betrieblichen Kosten künstlich verringern oder über einen längeren Zeitraum strecken und die zu versteuernden Gewinne dadurch aufblähen.

Unterm Strich hat der Staat durch diese kreative Steuergestaltung zusätzliche Einnahmen von jährlich mehr als 17 Milliarden Euro.

Beispiele für diese Praxis zum Wohle des Fiskus (Tabelle):

- **Degressive Abschreibung.** Sie wurde im Jahr 1995 für Betriebsgebäude und 2008 für bewegliche Wirtschaftsgüter abgeschafft. Für letztere, also z.B. Maschinen, wurde sie im Rahmen der jüngsten Konjunkturprogramme wieder eingeführt, das aber nur für zwei Jahre.

Degressive Abschreibung heißt, dass eine Neuanschaffung am Anfang stärker abgeschrieben werden darf als in den Folgejahren. Die „stufenweise verminderte“ Abschreibung ist eine handelsrechtlich anerkannte Methode. Sie be-

rücksichtigt, dass der Wertverlust von Anlagegütern kurz nach der Anschaffung am höchsten ist. Denn nicht nur die Abnutzung sorgt für den Wertverfall. Auch der technische Fortschritt entwertet die frühere Investition.

- **Nutzungsdauer.** Die allgemeine Abschreibungstabelle zeigt, wie lange eine Neuanschaffung abzuschreiben ist. Auch wenn ein Betrieb eine Anlage vorzeitig ausrangiert – am Abschreibungszeitraum ändert das nichts. Die Tabelle wurde 2001 modifiziert. Danach muss z.B. eine Windkraftanlage jetzt über 16 Jahre abgeschrieben werden – früher waren es 12 Jahre.

Beide Maßnahmen sorgen dafür, dass die gegenwärtig zulässigen Abschreibungen nicht mehr dem tatsächlichen Wertverlust entsprechen. In der Folge steigen die zu versteuernden Gewinne.

- **Mindestgewinnbesteuerung.** Eine weitere Möglichkeit, den Gewinn künstlich zu erhöhen, wurde durch das Steuervergünstigungsabbaugesetz 2004 geschaffen. Danach können in der Vergangenheit entstandene Verluste nicht länger voll mit Gewinnen verrechnet werden.

Die neue Regelung sieht vor, dass Verluste, die 1 Million Euro übersteigen, vom aktuellen Gewinn nur noch zu 60 Prozent abgezogen werden dürfen.

Dadurch setzt die Steuerzahlung nach schlechten Geschäftsjahren viel früher ein. Der Fiskus beteiligt sich nicht mehr gleichermaßen an Gewinnen und Verlusten, sondern bleibt bei Letzteren zumindest vorübergehend außen vor. Das ist eine klare Verletzung des Nettoprinzips. So wie der Gewinn innerhalb eines Jahres als Überschuss der Erträge gegenüber den Aufwendungen ermittelt wird, muss dies auch der Fall bleiben, wenn in einem Jahr die Aufwendungen die Erträge übersteigen und Verluste entstehen.

Steuergesetzgebung: Die Wirtschaft zahlt drauf

Veranschlagte ■ Einnahmen / ■ Aufkommenseinbußen in dem Jahr, in dem das jeweilige Gesetz voll umgesetzt wurde

Maßnahme	Gesetz	in Kraft getreten	in Millionen Euro
§ 8a KStG Begrenzung der Anerkennung der Eigenkapital ersetzenden Fremdfinanzierung	Standortsicherungsgesetz 1993	1994	305
§ 7 Abs. 5 EStG Abschaffung der degressiven AfA für Betriebsgebäude	Standortsicherungsgesetz 1993	1995	1.535
§ 5 EStG Streichung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	Gesetz zur Fortführung der Unternehmenssteuerreform 1997	1998	2.375
§ 4 Abs. 4a EStG Einschränkung beim Schuldzinsenabzug	Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002	1999	511
§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. a EStG i.V.m. § 20 Abs. 2 KStG Verschärfung bei der Rückstellungsbewertung	Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002	1999	1.544
§ 6 Abs. 5 EStG Abschaffung der steuerneutralen Übertragung gemäß Mitunternehmererlass	Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002	1999	492
§ 7 Abs. 2 EStG Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter von höchstens 30 auf höchstens 20 Prozent	Steuersenkungsgesetz	2001	6.632
§ 7 EStG Senkung der linearen Abschreibung auf Betriebsgebäude von 4 auf 3 Prozent	Steuersenkungsgesetz	2001	268
Anpassung der allgemeinen Abschreibungstabelle	Steuersenkungsgesetz	2001	1.600
§ 8a KStG Neuregelung der Gesellschafterfremdfinanzierung	Steuervergünstigungsabbaugesetz (Korb II)	2004	330
§ 10d Abs. 2 EStG Einführung der Mindestgewinnbesteuerung	Steuervergünstigungsabbaugesetz (Korb II)	2004	1.100
§ 10a GewStG Beschränkung der gewerbsteuerlichen Verlustnutzung	Gesetz zur Änderung der Gewerbesteuer und anderer Gesetze	2004	365
§ 9 Nr. 10 GewStG Wegfall der Kürzungsvorschrift für die nach § 8a KStG dem Gewinn hinzuzurechnenden Aufwendungen auch bei der Gewerbesteuer	Gesetz zur Änderung der Gewerbesteuer und anderer Gesetze	2004	260
§ 7 Abs. 2 EStG Anhebung der degressiven AfA auf höchstens 30 Prozent befristet für 2 Jahre	Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung	2006	-2.410
§ 1 AStG Besteuerung von Funktionsverlagerungen	Unternehmenssteuerreformgesetz	2008	1.770
§ 8 GewStG 25-prozentige Hinzurechnung von Zinsen sowie von Finanzierungsanteilen von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen	Unternehmenssteuerreformgesetz	2008	955
§§ 4h EStG, 8a KStG Einführung einer Zinsschranke	Unternehmenssteuerreformgesetz	2008	1.075
§ 8a KStG Wegfall der Bestimmungen zur Gesellschafterfremdfinanzierung	Unternehmenssteuerreformgesetz	2008	-475
§ 7 Abs. 2 EStG Abschaffung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter	Unternehmenssteuerreformgesetz	2008	3.365
§§ 8 Abs. 4, 8c KStG Kürzung des Verlustausgleichspotenzials bei Erwerb/Übertragung von Gesellschaftsanteilen (Mantelkauf)	Unternehmenssteuerreformgesetz	2008	1.475
§ 8 Nr. 1 Buchst. e GewStG Absenkung der Finanzierungsanteile aus Mieten und Pachten von 75 Prozent auf 65 Prozent	Jahressteuergesetz 2008	2008	-70
§ 8c KStG Ausnahmeregelung des Mantelkaufs bei Wagniskapitalgesellschaften	Gesetz zur Modernisierung für Kapitalbeteiligungen	2009	-385
§ 7 Abs. 2 EStG Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter mit höchstens 25 Prozent oder dem 2,5-fachen der linearen Abschreibung für 2009 und 2010	Konjunkturpaket I	2009	-2.520
§§ 4h EStG, 8a KStG Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke	Bürgerentlastungsgesetz	2009	-60
§ 8c KStG Einführung einer Sanierungsklausel beim Mantelkauf	Bürgerentlastungsgesetz	2009	-895
§ 4h Abs. 2 EStG Escape-Klausel Zinsschranke	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	2010	-100
§§ 4h EStG, 8a KStG Freigrenze Zinsschranke	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	2010	-60
§§ 4h EStG, 8a KStG Zinsschranke EBITDA-Vortrag	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	2010	-200
§ 8 GewStG 25 Hinzurechnungssatz bei Immobilienmieten von 65 auf 50 Prozent gesenkt	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	2010	-80
§ 8c KStG Sanierungsklausel, Konzernklausel und „Stille Reserven Escape“	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	2011	-1.340

EStG: Einkommenssteuergesetz; AfA: Absetzung für Abnutzung; KStG: Körperschaftsteuergesetz; GewStG: Gewerbesteuergesetz; EBITDA: earnings before interest, taxes, depreciation and amortization (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände); Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Insgesamt

17.362

• **Gewerbsteuer.** Eine eklatante Verletzung des Nettoprinzip sind die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer. Seit 2008 müssen 25 Prozent der gezahlten Zinsen zum gewerbsteuerpflichtigen Ertrag dazugezählt werden. Ähnliches gilt für Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren. Auch diese können zum

Teil als Zinsen aufgefasst werden. Wenn eine Firma einen Lkw least, dann müssen mit der Rate Zinsen gezahlt werden. Diese werden ebenfalls zu 25 Prozent dem Gewerbeertrag zugeschlagen. Damit werden Kosten zu steuerpflichtigen Gewinnen umdeklariert – und es zahlen auch Betriebe Steuern, die keine Gewinne machen.

Unternehmen sind zwar einerseits Leidtragende solcher Steuerpraktiken, profitieren aber andererseits auch davon, wenn der Staat Subventionen vergibt. Wenn nun die Förderungen abgebaut werden sollen, dann ist es zumindest recht und billig, wenn im Gegenzug auch die zweifelhaften Steuervorschriften abgeschafft werden.

Schulbuchanalyse

Stiefkind Wirtschaftsthemen

Ökonomisches Wissen gehört zur Allgemeinbildung. Doch Schulbücher zeigen oft nur einen Teil der wirtschaftlichen Realität. Themen wie die Soziale Marktwirtschaft oder die Rolle der Unternehmen im Wirtschaftsprozess bleiben meist außen vor, wie eine Schulbuchanalyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.*

Ob Strukturwandel oder Arbeitslosigkeit, Globalisierung oder Wirtschaftsordnungen – mit diesen ökonomischen Begriffen kommt fast jedes Schulkind ab der fünften Klasse irgendwann einmal in Berührung. Ein Blick in die Schulbücher zeigt allerdings, dass dieser Stoff vielfach nicht fundiert genug behandelt wird. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des IW Köln, die 43 Bücher der Sekundarstufen I und II für das Bundesland Nordrhein-Westfalen unter die Lupe genommen hat.

Um herauszufinden, welche Vorstellungen vom Wirtschaftsprozess in den Schulbüchern vermittelt werden, haben die Wissenschaftler die Lektüre in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern – wie Erdkunde, Geschichte und Politik – durchgearbeitet. Das Fazit lautet (Grafik):

Manche Begriffe wie Arbeitslosigkeit und Strukturwandel kommen in vier von fünf Schulbüchern vor; andere Stichwörter rangieren unter „ferner liefen“ – beispielsweise das Leistungs-

prinzip und die eigenverantwortliche Finanzplanung.

Hinzu kommt, dass dominante Themen oft in einem negativen Licht erscheinen. Der Strukturwandel und die Globalisierung etwa werden meist als eine bedrohliche Entwicklung beschrieben, die die Schüler im späteren Berufsleben arbeitslos machen könnte.

Laut Schulbuchstudie bleiben vor allem bei diesen beiden Punkten Wissenslücken offen:

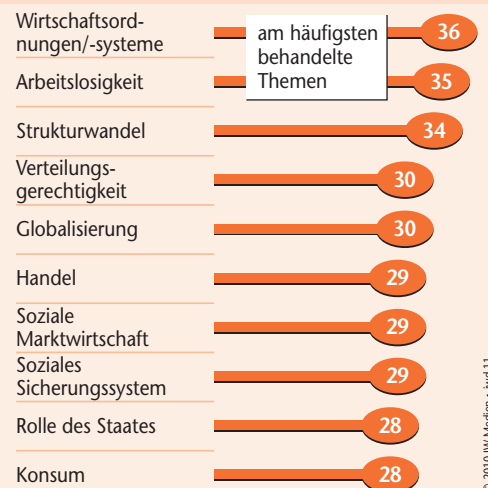
Soziale Marktwirtschaft. Ob Geografie, Geschichte oder Sozialkunde – viele Schulbücher für diese Fächer streifen das Thema „Soziale Marktwirtschaft“ auf die ein oder andere Weise. Eine sachgerechte Erklärung, die die Merkmale und Funktionsweise der Wirtschaftsordnung angemessen darstellt, liefert der größte Teil der untersuchten Lehrbücher jedoch nicht. Auch andere Schlüsselbegriffe wie Markt, Wettbewerb oder Angebot und Nachfrage kommen in den meisten Büchern zwar vor, doch das komplexe Wechselspiel zwischen den einzelnen Marktteilnehmern wird nicht oder nur unzureichend vermittelt.

Unternehmertum. Die meisten Publikationen erwecken den Eindruck, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und Industrieansiedlungen würden ausschließlich auf das Konto staatlicher und kommunaler Stellen gehen.

Unternehmerische Verantwortung, Chancen und Risiken der Selbstständigkeit oder die Bedeutung von Gewinn und Investitionen tauchen in den untersuchten Büchern hingegen kaum auf. Auf diese Weise bleiben Unternehmen eher unbekannte Gebilde. Wenn dann in den Lehrmaterialien doch einmal von ihnen die

Schulbücher: Unternehmerfragen selten Thema

So viele von insgesamt 43 Schulbüchern gesellschaftswissenschaftlicher Fächer behandeln diese Themen



Quelle: IW-Schulbuchanalyse Nordrhein-Westfalen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Rede ist, werden die Betriebe pauschal mit global agierenden Konzernen gleichgesetzt, die die Umwelt verschmutzen, auf politischer Ebene ihre Interessen durchsetzen wollen und aufgrund des technikgetriebenen Strukturwandels Mitarbeiter entlassen. Der unternehmerische Mittelstand existiert in den Schulbüchern schlicht nicht.

*) Helmut E. Klein, Teresa Schare: Unternehmer und Soziale Marktwirtschaft im Schulbuch in Nordrhein-Westfalen, Köln 2010, Download unter: www.iwkoeln.de

Für Adressaufkleber